

# Emischer Zeitung



Die „Emischer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und hohen Feiertage. Wochenbeilage: „Illustrirtes Emischer Sonntagsblatt“. — Abonnementspreis: Die Petit-Beile oder deren Raum 15 Pf., Reklamen 40 Pf. — Verantwortlicher Redacteur: F. Dienst in Gelsenkirchen.

Früher: Der Reichsfreund Sincere et constanter.

Abonnementspreis: Mark 2.50 vierteljährlich im Voraus. Man abonniert außer bei der Expedition in Gelsenkirchen, Marktstraße 13, bei allen Postanstalten und bei den Filial-Expeditionen: A. H. G. Gern: B. Walder, Barmen. — Druck und Verlag von F. Dienst in Gelsenkirchen.

Allgemeines Organ für die Stadt Gelsenkirchen, für die Aemter Schalte, Uedendorf, Wanne und Berne. — Anzeigenblatt für Gerichts- und Militär-Behörden.

## Abschaffung der Frauenarbeit.

Gelsenkirchen, 26. Nov.  
Abschaffung der Frauenarbeit, das ist eine populäre Forderung, die sich bei socialdemokratischen, christlich-socialen und katholischen Socialpolitikern in gleicher Weise findet. Man hat in der Regel nur die Fabrikarbeit der Frauen dabei im Auge. Wir machen diese Frage heute ebenso wenig für spruchsfähig, als wir anerkennen können, daß die Bedingungen für verschiedene Forderungen jener Socialpolitiker gegeben seien. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß es nicht opportuna sei, diese Dinge zu discutieren, denn erst die Discussion kann die Spruchweise fördern. Die Beseitigung der Lohnarbeit, der Erwerbsthätigkeit der Frauen überhaupt, ist ein Uebing; darüber ist kein Wort zu verlieren. Aber auch über die Konsequenzen der Abschaffung der Fabrikarbeit scheinen sich viele nicht recht klar zu sein. Sie sprechen von verheirateten Frauen, denen in der Vereitlung einer angenehmen Hausarbeit für den Mann und in der Kindererziehung die eigentliche Aufgabe gesetzt sei, der sie in nicht rechtfertigender Weise dadurch entzogen würden, daß sie zu Brote arbeiteten und damit den Männern Konkurrenz machten. Gewiß ist dieses Argument nicht von der Hand zu weisen. Aber sind es nun nur verheiratete Frauen, die in Fabriken arbeiten? Sind es nicht in größerer Zahl gerade unverheiratete weibliche Personen und Witwen? Was würde aus diesen werden, wenn man ihnen eine weitere der Thüren der Fabriken verschließen wollte? Fabriken, die in großer Zahl junge Mädchen beschäftigen, sind im allgemeinen keine Schulen der Sittlichkeit und gewiß wird sich mancher denken, daß mit der Abschaffung der Beschäftigung von Frauen und Mädchen gerade eine sittliche Beziehung ein Fortschritt gemacht würde, wenn gleichzeitig auf andere Weise die Existenz der unverheirateten Fabrikarbeiterinnen gesichert würde. Was würde aber aus ihnen werden, wenn man ihnen einfach und ohne Ersatz die bisherige Gelegenheit zu **christlichem** Erwerbe nehmen wollte? Die Antwort liegt nahe, sie ist fürchtbar und weber christlich noch socialreformatorisch. Welchen Weg könnte man den auf ihrer Hände Arbeit angewiesenen Arbeiterinnen für die Vereitigung der Fabrikarbeit bieten? Es hat nicht an Bemühungen gefehlt, den Kreis weiblicher Erwerbsthätigkeiten zu erweitern, aber man darf doch nicht vergessen, daß es sich hier um hunderttausende handelt, denen Erwerb zu schaffen sein würde. Wie will man diese unterbringen? Diese Frage muß erst entschieden sein, bevor man ernstlich daran denken kann, die Aufhebung der Frauenarbeit in den Fabriken zu proclamieren. Aber auch in bezug auf die Fabrikarbeit verheirateter Frauen ist die Sache nicht mit dem Exempel abgethan: wenn die

Frauenarbeit abgeschafft wird, verliert der Mann eine die Löhne drückende Konkurrenz, er verdient so und so viel mehr und kann deshalb seine Familie allein erhalten, so daß die Frau nichts mit zu verdienen braucht. Die Voraussetzung, daß die Fabrikarbeit der Frau dem Manne Konkurrenz mache, trifft nur teilweise zu. Es giebt Industrien, die ohne Frauenarbeit schwerlich existieren würden. Hier kann von einer Konkurrenz der Frau nicht die Rede sein. Aber zugegeben, die Löhne sollen infolge der Vereitigung der Frauenarbeit steigen, so kommt diese Steigerung keineswegs ausschließlich den verheirateten Arbeiterinnen zugute, sondern sie verteilt sich gleicherweise auf die unverheirateten. Daraus ergibt sich, daß der Gewinn, der dem verheirateten Arbeiter aus dieser Steigerung erwächst, schwerlich auch nur annähernd dem Betrage entspricht, welcher der Familie durch den Wegfall des Verdienstes der Frau verloren geht. Das würde nun ja kein Unglück sein, wenn der Lohn des Mannes ausreichte, bei sparsamer Wirtschaft sich und die Seinigen bequem zu erhalten. In der Regel liegt die Sache so, daß der unverheiratete Arbeiter mehr verdient, als er, wenn er ökonomisch lebt, bedarf, während der Arbeiter, der eine halbwegs starke Familie erhalten soll, arg ins Gedränge kommt, so daß der Lebensverdienst der Frau just unentbehrlich ist. Unter solchen Umständen wird man doch noch zu fragen haben, wo das kleinere Uebel liegt und ob nicht gerade durch das Verbot der Frauenarbeit eine Prämie auf Gefolgschaft der Arbeiter gesetzt wird. Der Reichstag wird sich demnächst mit der Frage der Fabrikarbeit der Frauen beschäftigen; hoffentlich wird wenigstens der Versuch gemacht werden, die im Vorstehenden niedergelegten Fragen zu beantworten. Daß diese Beantwortung beruhigend und befriedigend ausfallen wird, wagen wir vorerst nicht zu hoffen. Wir erachten es zunächst für das Wichtigste, auf dem Gebiete der Arbeitervereitigerungen vorwärts zu schreiten und gleichzeitig nach Möglichkeit die Arbeitsgelegenheiten zu vermehren.

## Zur braunschweigischen Erbfolgefrage.

bringt die „Nordb. Allg. Ztg.“ folgende hoch-offizielle Auslassung, die wir zum Teile wiederholen, weil wir wegen Raummangels nur ein kleines Stück herausheben konnten.  
Im Gegensatz zu der öffentlichen Meinung, welche mit immer größerer Bestimmtheit und Energie gegen die Ansprüche des Herzogs von Cumberland auf Braunschweig Front macht, erheben sich von Zeit zu Zeit noch vereinzelte Stimmen, um angeblich im Namen des bestehenden Rechts zugunsten des welfischen Prätendenten Propaganda zu machen. Die Frage der braunschweigischen Thronfolge ist, wie wir bereits wiederholt hervorgehoben haben, in erster Reihe eine politische, und bei einer richtigen Würdigung derselben unter diesem letzteren Gesichtspunkte

stellen sich den Ansprüchen des Herzogs unüberwindliche Bedenken entgegen.

Es liegen unzweifelhafte Beweise dafür vor, daß der Herzog von Cumberland bis zu dem Tode des Herzogs von Braunschweig der unverfälschte Gegner von Kaiser und Reich gewesen ist. Eines der betreffenden Beweisstücke ist neulich von uns veröffentlicht worden: ein Brief an den Kaiser aus dem Jahre 1878, in welchem der Herzog auf das Bestimmteste erklärt, „daß er alle Rechte, Prärogativen und Titel, welche seinem Vater überhaupt und insbesondere auf das Königreich Hannover zustanden, kraft der in seinem Hause bestehenden Erbfolgeordnung auf sich übergegangen betrachte und voll und ganz aufrecht halte.“ Daß der Herzog seinen damaligen Standpunkt aufgegeben habe, können seine Anhänger wol behaupten, aber es steht ihrer Behauptung auch nicht der Schein eines Beweises zur Seite. Hätte der Herzog wirklich den ersten und offenen Willen, Kaiser und Reich anzuerkennen, so wäre es ihm ein Leichtes gewesen, denselben in einer eben so bestimmten und unumwundenen Form zu äußern, wie er es seiner Zeit in den Protesten gegen die bestehende Rechtsordnung gethan hat. Eine solche Neuerung liegt aber nicht vor. Alle bisherigen Erklärungen des Prätendenten sind derart gefast, daß nur ein leichtfertiger Politiker in ihnen eine Bürgschaft finden könnte.

Aber selbst wenn auch eine bestimmte und unumwundene Willensäußerung vorläge, so würde doch einer Berücksichtigung der welfischen Ansprüche der Grundfalsch entgegenstehen: facta loquuntur. Die Thatfachen ergeben zur Evidenz, daß ein erster Wille unmöglich vorhanden sein kann. Der Herzog hat sich seine ganze Gefolgschaft ausschließlich aus den Reihen einer Partei gewählt, welche die ständigen Hospitanten des Centrums bilden, — also aus einer Partei, die, was ihre Treue zu Kaiser und Reich anbetrifft, auf einer Linie rangiert mit der polnischen und französischen Fraction. Der Herzog hat damit gemeinsame Sache mit einer Coalition gemacht, an deren Spitze der thätigste und geschickteste Gegner des protestantischen Kaisertums steht. In dem Centrumsführer verschmelzen sich in der That die beiden entschiedensten Oppositionen gegen Kaiser und Reich: die welfische und die ultramontane.

Wenn der Herzog von Cumberland und seine Gefolgschaft sich unter die Schutzherrschaft des Centrums in denselben Augenblicke stellen, in welchem letzteres eine feindseligere Stellung als bisher gegen die Regierung und die bestehenden Institutionen einnimmt, und in welchem die Hoffnung, daß das Gegengewicht der Regierung von römischer Seite eine entsprechende Beantwortung finden würde, sich als Irrtum erwiesen hat, so kann man dem Reiche nicht zumuten, daß es sich dazu bereit finde, in Braunschweig das Hauptquartier der welfischen Politik aufzuschlagen zu lassen. Jeder gewissenhafte Politiker wird es weit von sich

weisen, das Reich, welches unter so schweren Opfern gegründet worden ist, einer derartigen Gefahr aussetzen. Unsere Regierung ist stets consequent und entschlossen für das monarchische Princip und die Fürstenrechte eingetreten. Wir sind aber überzeugt, daß sie nicht den Frieden von 45 Millionen Menschen den Sonderinteressen eines, wenn auch noch so alten und vornehmen Hauses opfern wird. Und um nichts Geringeres als um ein solches Opfer würde es sich handeln, wenn die Ansprüche des Herzogs von Cumberland auf den braunschweigischen Thron anerkannt würden!

## \* „Keine neuen Steuern, sondern Steuererlasse!“

Die „Nationalzeitung“ erkennt die von der Thronrede hervorgehobene Notwendigkeit, dem Reiche neue Einnahmequellen zu erschließen, an, und betrachtet es als eine Aufgabe der Liberalen, Angelegenheiten der gegenwärtigen finanziellen Situation positive Vorschläge zu machen. „Die Liberalen“, sagt sie, „haben diese Aufgabe um so ernstlicher anzugreifen, da sie nur in diesem Falle gefährliche Vorschläge zur Deckung des Deficits werden abwehren oder denselben doch unter Zustimmung ihrer Wähler bis zuletzt werden entschieden widersprechen können. Auch speziell in der Vorsteuersfrage wird es aus dem nämlichen Grunde mit der bloßen Verneinung nicht gethan sein. Die nächstbestehenden Reize selbst müssen, zur Abwehr ruinirender Projekte, Besteuerungsvorschläge aufstellen, bei denen das solide Geschäft bestehen kann, und dieselben den Parteien, welche nicht von blinder und thörichter Geschäftigkeit gegen die Börse erfüllt sind, zur Vertretung im Reichstage übergeben.“

Diese Einsicht von den Pflichten der „Liberalen“ betreffs der Steuerreform kommt etwas spät. Vor den Wahlen hieß es in den „freisinnigen“ Flugblättern: „Keine neuen Steuern, sondern Steuererlasse!“ Sie haben mit dieser Parole offenbar so schlechte Geschäfte gemacht, daß es die „Nat. Ztg.“ für klüger hält, den „Liberalen“ — womit sie vornehmlich die „Freisinnigen“ meint — den Rat zu erteilen, selber diejenige Politik zu treiben, die sie vorher bekämpft haben. Im Uebrigen wollen wir abwarten, ob die „Freisinnigen“ in der That fähig und bereit sind, brauchbare positive Vorschläge zu machen. Vorschläge, die nur den Zweck haben, wie ein Brillantfeuerwerk zu glänzen, aber mit diesem die Eigenschaft haben, schnell zu verpuffen, werden freilich nur als eine ebenso durchsichtige, wie schlechte Taktik angesehen werden können. In jedem Fall ist die Mahnung der „Nat. Ztg.“ an ihre Gesinnungsgenossen schon ein Zeichen der Besserung und Umkehr, von der wir hoffen wollen, daß sie nicht nur auf dem Papier stehen bleibt.

## \* Beistand zum Reichstagswahlfonds der socialdemokratischen Partei.

Aus Newyork wird dem „Am. Corr.“ geschrieben: Die Solidarität unserer „Socialistischen Arbeiter-

## Doch treu!

Novelle von W. von Reinschhofen.

In den Frühlingsnächten aber, wenn der warme Südwind, plötzlich die Stille des Winters brechend, die Wasser von den Höhen thalwärts trieb, dann war es auch der blauen Elsa, als ob sie mit einem Male aus einem langen Winterschlaf erwachte.

Mit stürmisch pochendem Herzen saß sie auf dem Rand ihres Bettes und träumte mit offenen Augen von den tausend und aber tausend Rosen und Blüten, die zum Licht und zum Leben trugten.

Sie sah im Geiste den Mälar im Sonnenlicht erglänzen, die schneebedeckten Wälder in einem Grün gekleidet und diese köstlichen Träume werden bald ihre Verwirklichung.

Der Großvater wanderte wieder mit der Art in der Hand in den Wald hinaus, oder saß hinter dem weißen Fenster mit weitem Rahmen und hatte seine Nase für den Fischfang.

Sie aber strich durch Wald und Flur, oder schaukelte sich in einem gebrechlichen Nachen auf dem grünen Mälar, gerade dort, wo sich jetzt Schloss Gripsholm mit seinen runden Thürmen und Bastionen haarscharf in den klaren Fluten spiegelt.

Wenn dann der wolkenlose Himmel in das regungslose Wasser hinabzusinken schien, wenn ein Blatt durch einen Lustzug bewegt wurde, dann sah Elsa ihre Aeder sinken und den Kopf mit der rechten gestützt, blickten ihre Augen so unverwandt nach dem alten Schlosse, als wollten sie die biden Mauern durchdringen.

Seltene Gedanken durchkreuzten dann wol ihr Gehirn.

In jenem Turme war ein unglücklicher König von einem harten, erbarmungslosen Bruder gefangen gehalten worden; so hatte ihr der Großvater erzählt. Und dieser König hatte eine liebliche Frau gehabt, die man von seinem Herzen losgerissen. Treue Liebe aber fand den Weg, dem geliebten Manne wenigstens ein Zeichen zu geben, daß Karin seiner mit unverminderter Bärtlichkeit gedachte.

Von einem fernen Punkt des Mälar wehte sie ihm mit einem weißen Tuche Grüße zu und der Gefangene stand an seinem Kerkerfenster, von dem er durch einen Spalt in der Außenmauer ein Stückchen des blauen Himmels, des Mälars und des Felsens überblicken konnte, und schaute mit brennenden Lippen hinaus, bis er das ersuchte Zeichen sah.

Jahre hindurch war es sein einziger Trost gewesen, der Stern, welcher sein umbüffertes Dasein erhellt und dann —

Elsa's Herz wollte schier brechen, wenn sie jenes unglücklichen Liebespaars gedachte.

Was mußte die arme Frau, getrennt von dem Manne ihrer Liebe, geklitten haben! Ihn in der Gewalt erbarmungsloser Feinde wissend, hatte sie ihm dennoch keine Hilfe bringen können.

Weitens lehrte Elsa nach einer solchen Fahrt in trüber Stimmung zurück. Der Himmel schien ihr weniger klar und die Luft nicht mehr so lind und warm, sondern leise Frostschauer durchschüttelten sie, und wenn sie dann noch lange nicht einschlafen konnte, so gelobte sie sich, nie mehr an König Erich und seine Karin zu denken.

Diese Vorsätze dauerten aber nur so lange, als sie das alte Schloß nicht sah.

Sie ging seinem Anblick auch wol aus dem Wege, indem sie ihren Nachen nicht bestieg, sondern Blumen pflückte und den großen, bunten Faltern nachsah, bis der einbrechende Abend sie an die Heimkehr mahnte.

Aber, ehe sie selbst es wußte, waren die Vorsätze vergessen und sie betrauerte wieder das Schicksal des unglücklichen Paares.

Und dennoch! Tieferen Eindruck machten diese Trübsalereien nicht auf sie.

Sie war fünfzehn Jahre alt; damit besaß sie ein Anrecht auf Glück und — sie wollte es fesseln.

Wie hätte es ihr entschlüpfen können, ihr, die sie allzeit des glücklichen Schicksals gewarnt war? Kein Schmerz hatte jemals sich an sie herangewagt.

Eine freie, ungezügelter Natur war sie aufgewachsen.

Eine Mutter allein würde ihren Wünschen und Neigungen gewisse Fesseln haben anlegen können; ihr Großvater ließ sie gehen, wie sie wollte.

So war sie aufgewachsen und entfaltete sich mehr und mehr zu einer herrlichen Blüte.

Kein Frosthauch berührte die zarten Blätter und so mochte auch das schärfste und neidischste Auge nichts Verträppestes an ihr entdecken. Alles an ihr war rein, echt und wahr.

Elsa hatte nie darüber nachgedacht, ob es immer so bleiben werde in ihrem Leben, und wenn sie es gethan hätte, so würde sie davon überzeugt gewesen sein.

Da geschah eines Tages etwas so Seltsames, daß der Großvater und seine Enkelin völlig aus der Fassung kamen; wer von beiden am meisten, ließ sich schwer bestimmen.

Des Nachbarn Sohn Sven hielt um Elsa's Hand an.

Er meinte, sie sei zwar noch recht jung und unerfahren und sie werde sich ordentlich dazu halten müssen, um etwas Nützliches zu lernen und eine rechte Hausfrau zu werden, aber seine Mutter werde schon ein wachsam Auge auf sie haben und gewissenhaft manches Versäumte nachholen.

Elsa war so überrascht und es erschien ihr im ersten Augenblick so außerordentlich lustig, eine Frau werden zu sollen, daß sie beinahe ihr Jawort gegeben hätte. Wenn ihr nicht der Gedanke an Sven's Mutter gekommen wäre, wer weiß, welchen Ausgang die Werbung genommen. Aber so aufs Nachdenken gekommen, erschien es ihr auch bedenklich, immerdar neben Sven Sturefon herzugehen — ein ganzes, langes Leben hindurch.

Sie hatte ihren Nachen eines Tages wieder um Gripsholm gleiten lassen und stundenlang das rotgefärbte, mit weißen Linien durchzogene Mauerwerk angestarrt. Ob die schöne Karin Mäns auch wol um eines Sven Sturefon willen täglich den weiten Weg gemacht hätte?

Das Resultat dieser stillen Betrachtungen war für den armen Sven ein Korb in häßlicher Form. Elsa wollte niemals einem Mann ihre Hand reichen, den sie nicht so innig liebt, daß sie für ihn freudig ihr Leben hingeben könne.

partei" mit den deutschen Socialdemokraten documentirt sich bis jetzt mehr in den Worten, als durch die That, wenigstens die That des Geldopfers. Laut Mitteilung des „Nationalreutivcomittees" der S. A. B. beträgt die Summe der bis zum 31. October c. „für die deutsche Reichstagswahl" empfangenen Beträge 2107,86 Dollars. Die jüngste (7.) Rate ging pr. Wechsel von 750 Francs an die deutschen Brüder ab; man sieht hieraus, daß ein schweizerisches Haus den Wechsel der internationalen Verbrüderung honorirt.

### Reichstags-Verhandlungen.

3. Sitzung vom 26. November. 12 Uhr.

Von dem Herrn Reichskanzler ist ein Schreiben eingegangen, Inhabts dessen die Neubildung der Reichstags-Baucommission angeordnet wird.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag der Abg. Kayser und Genossen wegen Einstellung des beim Reichsgericht gegen den Abg. Heine schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Session. — Auf den Vorschlag des Herrn Staatsminister Staatssecretär des Innern von Voetticher, wird der Antrag dahin vervollständigt; daß derselbe gleichzeitig auf das bei dem Landgericht zu Halberstadt gegen denselben Abgeordneten schwebende Strafverfahren ausgedehnt wird.

Mit dieser Erweiterung wird der Antrag vom Hause angenommen.

Es folgte die erste event. zweite Beratung des von den Abg. Ausfeld und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung des Art. 32 der Verfassung (Gewährung von Diäten an die Mitglieder des Reichstages).

Für die Antragsteller nimmt das Wort Abg. Frhr. von Stauffenberg: Er wolle die Gründe, welche für und gegen diesen Antrag sprechen, nicht ausführlich erörtern, er sehe das alles als bekannt voraus. Die Frage könne nur entschieden werden nach den Erfahrungen, welche nach dieser Richtung in Deutschland und in den Einzelstaaten gemacht worden; es müsse daran festgehalten werden, daß die Gewährung von Entschädigungen an die Volkvertreter einem allgemein in Deutschland üblichen Rechtszustande entspreche. Die Befürchtungen, welche man an die Gewährung von Diäten geknüpft, hätten sich nicht erfüllt. Gerade die Erfahrungen der letzten Wahlen hätten bewiesen, daß die socialdemokratischen Wähler ihre Vertreter trotz der Diätenlosigkeit, soweit es ihnen möglich, in den Reichstag hineingebracht haben. Das größte Interesse an den Wahlen habe der Mittlere Bürgerstand und der kleine bäuerliche Besitz, der bisher eine seiner Bedeutung entsprechende Vertretung im Reichstage nicht gefunden habe. Er müsse bedauern, daß die Regierung in Bezug auf die den Abgeordneten bewilligten Eisenbahnfreikarten neuerdings eine Anordnung getroffen habe, welche mit dem Staatsrecht des Reichstages nicht in Einklang zu bringen sei. Es sei dies nur eine Etappe auf dem Wege einer ganz Reihe von Vorschlägen, welche in früheren Sessionen nach derselben Richtung gemacht worden, welche darauf hinausgehen, das Ansehen dieses Hauses einzuschränken. Er halte dies für einen gefährlichen und bedenklichen Weg, denn das Deutsche Reich beruhe nicht bloß auf der Vereinigung seiner Fürsten und seiner Armeen, sondern ebenso auf dem Reichstage, auf der Vereinigung aller seiner Volksstämme.

Abg. Graf Ido zu Stolberg-Bernigrode betont, daß die Fortschrittspartei erst jetzt nach ihrer Wahlniederlage ihren alten Antrag wieder aufgenommen habe. Er habe heute seinen einzigen durchschlagenden Grund gehört, welcher denselben rechtfertigen könnte. Auch ihn hätte die Maßregel bezüglich der Eisenbahnfreikarten wol etwas befremdet, aber daß durch dieselbe das Ansehen des Reichstages geschädigt werden könnte, vermöge er in keinem Falle anzuerkennen. Die Herren hätten besser, die Sache nicht so furchtbar aufzubauschen. Die Freikarten seien doch in Wirklichkeit zurückzuführen auf die Initiative des Abg. Windthorst, der darin einen Ausgleich anbahnen wollte zwischen den in Berlin und den außerhalb Berlins wohnhaften Abgeordneten. Wenn die Diätenlosigkeit die Heranbildung der Berufsparlamentarier verhindern könnte, so wäre er damit ganz einverstanden, denn der Berufsparlamentarier werde mehr oder weniger dem realen Leben entfremdet. In Wirklichkeit müsse dem Parlament aber neues Blut zugeführt werden, das aus der directen Verbindung mit dem Volke komme. Die Fortschrittspartei habe übrigens am allerwenigsten Grund, sich über Mangel an Diäten zu beklagen, da es ja bekannt sei, daß deren Abgeordnete aus dem Diätenfonds entschädigt werden.

Abg. v. Vanda erklärt, daß die Diätenfrage von der nationalliberalen Partei von jeher als eine offene Frage betrachtet sei, und daß das auch heute noch der Fall sei. Er habe aber ausdrücklich zu erklären, daß auch diejenigen Nationalliberalen, welche materiell dem Antrag nicht abgeneigt, die gegenwärtige Einbringung desselben nicht für ein nützliches Unternehmen bezüglichen könnten. Was die Eisenbahnfreikarten anlangt, so werde die Staatsberatung Gelegenheit geben, auf diese von der Regierung angeordnete Maßregel zurückzukommen.

Abg. Auer (Socialdemokrat) befürwortet den Antrag zur Annahme, indem er auszuführen sucht, daß die Diätenlosigkeit daran Schuld sei, wenn so wenig practische Leute im Reichstage säßen. Ein großer Teil der im Volke vertretenen Intelligenz sei nicht in der Lage, ein Mandat für den Reichstag anzunehmen. Die Socialdemokraten inebn würden von der Diätenlosigkeit nicht berührt, und sie würden so lange in diesem Hause einen Platz finden, als sie nicht von den Wählern verlassen werden.

Reichskanzler Fürst von Bismarck: Die

Behauptung, daß das Ansehen des Reichstages durch die Eisenbahnfreikarten berührt werde, könne er nur insoweit als richtig anerkennen, als der Mißbrauch der Karten dazu beitragen könne, den Reichstag in dem öffentlichen Ansehen herabzubringen. Die Freikarten seien dazu bestimmt gewesen, eine Ausgleichung herbeizuführen, welche die Entfernung des Parlaments vom Wohnsitze der Abgeordneten mit sich bringt. Ein Mißbrauch sei es jedenfalls, wenn einzelne Abgeordnete mit diesen Freikarten in einem Zeitraum von 8 Monaten 17 000 Kilometer auf den Eisenbahnen zurückgelegt hätten, andere 14 000, resp. über 10 000 Kilometer. Jedenfalls glaube er nicht, daß jemand behaupten könne, es habe solches den Intentionen entsprochen, unter welchen f. B. die Karten verliehen worden. Er (der Reichskanzler) selbst gehöre zu den ursprünglichen Anregern dieser Freikarten, allerdings in dem Sinne, wie sie heute bestehen. Eine weitere Ausdehnung habe seiner Absicht nicht entsprochen. Um ein Budgetrecht handele es sich nicht, handelte es sich um ein erworbenes Recht, so würden ja die Herren daselbe sogar beim Civilgericht einklagen können. Was aber den vorliegenden Antrag anlangt, so habe es ihn überrascht, daß der Antrag von so sehr viel Berlinern unterzeichnet worden (große Heiterkeit), er zähle darunter 24 Berliner. Er glaube indes, daß am wenigsten die Berliner einen Grund zur Klage hätten, denn die hätten keine Opfer weder an Zeit noch an Geldwert zu bringen. Selbst wenn er dem Antrage im Uebrigen zustimmen könnte, so würde doch die erste Bedingung die sein, daß Jeder, der in Berlin wohnt, kein Recht auf Diätenbesitz habe. Was die Socialdemokraten betreffe, so würde er ihnen zu den zwei Duzend Eingen, welche sie zur Zeit bereits innehaben, noch ein neues Duzend bewilligen, wenn sie nur positive Vorschläge machen wollten und sich geneigt zeigten, ihre Pläne vor ihren Wählern vollständig klar zu legen. Sie würden dann dahinter kommen, daß nicht alle Leute, die socialdemokratisch gewählt haben, auch zugleich mit ihren Zielen einverstanden seien. Die Leute, welche jetzt für sie stimmen, das sei die Summe derjenigen unzufriedenen Elemente, welche das Bedürfnis haben, ihre Lage zu verbessern, und nachdem sie der Fortschrittspartei auf den Grund gesehen, nunmehr von den Socialdemokraten erwarten, daß sie ein solches Mittel besitzen. Wenn die Leute erst wüßten, worauf die Herren hinauswollen, dann würden sie auch der Socialdemokratie ebenfalls den Rücken kehren. Die Socialdemokratie habe inzwischen immerhin das Gute, daß sie dazu beigetragen habe, auch denjenigen, welche sonst kein Herz für das Gend des Volkes besäßen, das selbe vor Augen zu führen. Was die Diäten anlangt, so würde die Bewilligung derselben, weit davon entfernt, eine Gleichheit herbeizuführen, unter dem Scheine des Rechts nur eine Ungleichheit befestigen. Beiläufig erklärte der Reichskanzler, er werde es als einen erfreulichen Beweis der Offenheit betrachten, wenn die Herren erklärten, inwiefern sie aus Parteifonds Diäten beziehen. Es ließe sich dann doch beurtheilen, ob dadurch ein Abhängigkeitsverhältnis geschaffen werde. Er seinerseits glaube, daß derjenige Abgeordnete, welcher Diäten aus irgend einer Quelle bezieht, die Eigenschaft des Abgeordneten beeinträchtigt, denn er erfülle eben nicht die Bedingungen, welche die Verfassung an ihn stelle. Die Diätenlosigkeit sei ein wesentliches Äquivalent für das allgemeine und directe Wahlrecht gewesen. Er möchte davor warnen, einzelne Stücke aus der Verfassung herauszureißen, je nach den Bedürfnissen der Parteien; es sei das nicht ohne Gefahr für die Verfassung. Was würden die Herren sagen, wenn der Bundesrat allfälliger mit einem Antrage auf Abänderung des Wahlgesetzes wiederkäme? Er möchte doch bitten, den Regierungen in dieser Beziehung keine Beispiele zu geben, diese könnten sonst auch leicht auf den Gedanken kommen, daß eine Verfassungsänderung keine Schwierigkeiten biete. Jedenfalls aber stehe das Wahlgesetz mit der Diätenlosigkeit im engen Zusammenhange, und wolle der Reichstag eine Abänderung des Wahlgesetzes, so möge ein Amendement zu diesem Antrage gestellt werden. Man müsse im Ubrigen eine Verfassungsänderung nicht unterschätzen, denn die Verfassung sichere die Einheit des Reiches. Ein Bedürfnis für eine solche Verfassungsänderung sei nicht vorhanden, ohne ein solches Bedürfnis aber betrachte er die Verfassung als ein noli me tangere. Er bitte den Antrag a limine abzulehnen. (Beifall rechts.)

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst erklärt, daß die Centrumsfraction den Standpunkt, welchen sie von jeher eingenommen, auch heute noch vertrete, daß sie demnach die Diätenlosigkeit für eine unredliche Einschränkung des Wahlrechts halte und deshalb für den Antrag stimmen werde.

Die erste Beratung wurde hierauf beschloffen. In der zweiten Beratung erhielt zunächst das Wort.

Abg. Dr. Hänel: Wenn die Berliner den vorliegenden Antrag gewissermaßen zu dem ihrigen machen, so sei das ein opfermüthiges Verfahren, denn sie allein seien es, welche die Diätenlosigkeit ertragen könnten. Der vorliegende Antrag habe dem Reichstage wiederholt vorgelegen, sieben Mal habe derselbe mit immer wachsender Majorität dem Antrage zugestimmt. Die Diätenlosigkeit ließe im Widerspruch mit den allgemeinen Anschauungen von ehrenamtlichen Befugnissen, der Antrag gehe auch nur darauf hinaus, den Ersatz der daaren Auslagen für geleistete Dienste zu gewähren. Die Diätenlosigkeit ließe aber auch im Widerspruch mit den sozialen Zuständen, die in Deutschland beständen; was aber die Frage der Verfassungsänderung anlangt, so involvire doch auch die Gewährung der

Freikarten eine Verfassungsänderung, welche die Regierung durch ihre Zustimmung selbst regalisirt habe.

Reichskanzler Fürst v. Bismarck betont, daß es sich bei der betr. Verfassungsbestimmung in der Hauptsache darum gehandelt habe, die Zahl der Berufsparlamentarier möglichst einzuschränken. Die Regierung habe selbstredend ein Interesse daran, das Land von Leuten vertreten zu sehen, die in mitten der Verhältnisse des Landes stehen. Das war der Gedanke, welcher dem Bundesrate vorschwebte, auch glaubte man, daß die Diätenlosigkeit zur Abstützung der Verhandlungen beitragen würde. Er (der Reichskanzler) könne kein so großes Gewicht darauf legen, daß der Reichstag mit immer wachsender Majorität diesem Antrage zugestimmt habe. Denn ebenso wenig wie sich der Reichstag von der Majorität des Bundesrats imponiren lasse, ebenso wenig werde man von ihm, der sich von ganz Europa nicht habe imponiren lassen, erwarten, daß er sich nunmehr der Majorität des Reichstages beuge. Seine Pflicht sei es vielmehr, an die Sache mit ruhiger Ueberlegung heranzutreten. Das Haus setze sich aus verschiedenen Parteien zusammen, von denen ein Teil sich im Kampfe um die Herrschaft im Staate und im Reiche befände. Wie stellen sich da die Jünger? Nur drei Parteien erstreben die Herrschaft für Kaiser und Reich. Etwa 100 Mitglieder verstanden unter der Herrschaft das Herrschen der Kirche. Dann befinden sich hier nur 98 Abgeordnete, die er „Demokraten" nennen wolle, wozu er die Fortschrittspartei, die Socialdemokratie und die Volkspartei zähle. Mit diesen stehe die Regierung im Kampfe um den Besitz von Kaiser und Reich. Sie seien die Gegner der Regierung, weil die Herrschaft nicht in ihren Händen sei. Dazu treten noch etwa 40 fremdländische Elemente, welche sich den übrigen anschließen. Er seinerseits habe im Laufe der letzten Jahre sich davon überzeugt, daß dem Reiche vielmehr Gefahren von den Parteien als von den Regierungen drohen; die Neigung des Reichstages, für die Parteinteressen einzutreten, sei größer als die Neigung für die nationalen Interessen. Indem der Herr Reichskanzler hierauf des Näheren dargelegt, wie die Aussichten, welche er im Jahre 1867 in Bezug auf das Gewähren von Diäten bestanden hätten, heute noch weniger auf Erfüllung zu rechnen hätten, als damals, bat er wiederholt um Ablehnung des Antrages.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst: Er habe nicht bezweifelt, daß der Herr Reichskanzler das Bedürfnis haben werde, den Schmerzen, welche er empfinde, Ausdruck zu geben, aber er müsse entscheiden der Auffassung widersprechen, daß seine politischen Freunde die Herrschaft der Kirche erstreben. Was sie verlangen, sei, daß Gesetze, welche mit großer Majorität, wiederholt vom Hause angenommen worden, endlich Zustimmung auch vonseiten der verbündeten Regierungen erlange. Das heiße nicht für die Geistlichkeit, sondern lediglich für die Würde des Reichstages kämpfen. Das Centrum habe gar kein Interesse daran, die Regierung zu machen, wie der Herr Reichskanzler sage; es fordere nur ein verfassungsmäßiges Recht zurück, das der Kirche genommen worden. Das Centrum werde für das Eintreten, was es für gut halte, und andererseits dasjenige bekämpfen, was seiner inneren Ueberzeugung widerspreche.

Abg. Frhr. Langwerth v. Simmern weist seinerseits den vom Herrn Reichskanzler gegen die Welsen erhobenen Vorwurf unpatriotischer Tendenzen zurück; sie seien ebenso gut Patrioten, wie die Herren auf der rechten Seite des Hauses.

Abg. Richter bestritt dem Herrn Reichskanzler das Recht, der Minorität zu imputiren, daß sie nicht Kaiser und Reich im Herzen trage. Er kann nun und nimmermehr zugeben, daß seine innere Ueberzeugung zum Gegenstande einer Kritik gemacht werde. Seine Partei erstrebe keineswegs die Herrschaft im Reiche oder im Staate, sie wolle nur, daß in Deutschland liberal, nicht dictatorial regiert werde.

Reichskanzler Fürst v. Bismarck ging noch einmal auf die Ausführungen der Vorredner ein, indem er sich seinerseits das Recht der Kritik vorbehalten wolle, als der Reichstag nicht seinerseits darauf verzichte, an seinen Handlungen den Maßstab der Kritik anzulegen. Er habe seine Meinung inbetracht der einzelnen Parteien ausgesprochen und glaube, ein Urtheil darüber zu haben und auch das Recht, ein solches Urtheil auszusprechen. Er habe nur sagen wollen, die Herren strebten in der Weise die Herrschaft an, daß die Regierung sich der Majorität untergeordnet habe, daß der Kaiser durch das Parlament gezwungen werden könne, etwas zu thun, was er aus freiem Antriebe nicht thun würde.

Abg. Richter betonte, daß der Reichstag durch Einbringung des vorliegenden Antrages keineswegs in die Rechte der Krone und der Verfassung eingreife. Was der Reichskanzler unter „Kaiser und Reich" verstehe, sei nichts Anderes als der persönliche Wille des Reichskanzlers. Die practische Consequenz der heutigen Rede des Reichskanzlers, die ganz im Widerspruch mit der Thronrede stehe, würde die Beseitigung der Verfassung und die Herstellung der Dictatur des Reichskanzlers sein.

Darauf wurde die Debatte geschlossen. In namentlicher Abstimmung wurde der § 1 des beantragten Gesetzentwurfs mit 180 gegen 99 Stimmen angenommen. §§ 2 und 3 veranlaßten keine Debatte. Dann wurden die Verhandlungen vertagt. (Schluß der Sitzung 5 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr: Erste Beratung des Etats).

### Politische Tages-Rundschau.

\* Berlin, 25. Nov. Aus den Sitzungen des Staatsrats wird nachträglich mitgeteilt, daß das von der Abtheilung angenommene, vom dem Plenum des Staatsrates aber auf den Widerspruch

des Fürsten Bismarck hin abgelehnte Amendement zum Post-Sparassenenwurf von Professor Guelke gestellt und von den Herren von Bennigsen und Miquel unterstützt war. In der Minorität des Staatsrates, die für das Amendement stimmte, habe sich auch der Vizepräsident des Staatsministeriums v. Puttkamer befunden.

\* Das Ältesten-Collegium der Berliner Kaufmannschaft beabsichtigt, der afrikanischen Konferenz zu Ehren nächste Woche ein großes Diner in der Berliner Börse zu geben, wozu die Minister und Konferenzteilnehmer, sowie hervorragende Mitglieder der Berliner Kaufmannschaft Einladungen erhalten sollen.

\* In Berlin hat sich wieder ein politischer, und zwar ein demokratischer Verein gebildet, der es sich zur Aufgabe macht, „für die Verbreitung der demokratischen Grundsätze und für politische und sociale Reformen (?) im Sinne der Freiheit und Selbstbestimmung des Volkes mit allen gesetzlichen Mitteln zu wirken".

\* Der neuerdings vielfach besprochene, von keiner Seite aber sympathisch aufgenommene Vorschlag, Luitungen, Eides, Rechnungen, sowie fast alle sonstigen im kaufmännischen Verkehr vorkommenden Schriftstücke mit einer Stempelgebühr von je 10 Pf. zu belegen, geht von einer einzelnen Firma, nicht vom Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen von Handel und Gewerbe aus.

\* Dem Merkalen „Westf. Merk." wird die Nachricht, daß Herr Windthorst eine Intervention in der Provinz Heissen-Raffa (heute) als geeigneten Candidaten für die ultramontane Partei des Centrums hülte so schnell zu seinem Sedan kommen können.

\* Der gegenwärtig in Cassel versammelte heffische Communaltag hat in seiner Plenarsitzung vom 22. ds. zu der von der Regierung vorgelegten Provinzial- und Kreisordnung für die Provinz Heissen-Raffa eine wesentlich ablehnende Haltung eingenommen. Die Majorität will Beibehaltung der ständisch geordneten Interessenvertretung.

\* Es sind Zweifel darüber entstanden, ob nach § 4 des Gesetzes, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, die Gemeinde-Krankensicherung auch dann einzurichten sei, wenn sämtliche versicherungspflichtige Personen einer Gemeinde oder eines größeren Bezirks organisirte Krankenkassen (Orts-, Betriebs- [Fabrik-] Kassen) errichtet sind und zur Gemeinde-Krankenversicherung nur Personen angemeldet werden, welche derselben beizutreten nicht verpflichtet, sondern nach Abs. 2 daselbst nur berechtigt sind. Die Minister des Innern und für Handel und Gewerbe haben daher, wie der „Post" berichtet wird, an die Kgl. Regierungspräsidenten der Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Sachsen und in Sigmaringen, die Kgl. Regierungen und Landrathen der übrigen Provinzen und den Berliner königlichen Polizeipräsidenten Anweisung ergehen lassen, wonach für die Handhabung des Gesetzes im Verwaltungsbereich davon auszugehen sein wird, daß die Gemeinde unbedingt verpflichtet ist, denjenigen im § 4 Abs. 2 bezeichneten Personen, welche von dem ihnen daselbst beilegenden Rechten Gebrauch machen wollen, die Möglichkeit dazu durch Errichtung der Gemeinde-Krankenversicherung zu geben, sofern derselben nicht das Recht, einer reorganisirten Krankenkasse beizutreten, eingeräumt ist.

\* Hr. Stanke folgte gestern Abend einem an ihn gelangten Einladungs zum Diner beim Fürsten Reichskanzler. Am das Diner schloß sich eine längere Auseinandersetzung Stanke's über die Verhältnisse des Congogebietes, auf welche Fürst Bismarck mit regem Interesse einging.

\* Der Berliner Oberbürgermeister v. Fieders besaß hat die Candidatur im Wahlkreise Spandau angenommen.

\* Der mecklenburgische Landtag hat zum Bau des Hoftheaters in Schwerin 500 000 Mark bewilligt.

\* Der kgl. sächsische Hausmarschall, Graf Witzthum v. Gschäft, dürfte mit einigen anderen Beamten des Hausministeriums resp. Hofmarschallamtes demnächst nach Sibyllenort entsandt werden, um das Braunschw. Erbe für die Krone von Sachsen zu übernehmen. Was dies geschieht, wird, wie es heißt, König Albrecht selbst sein schleissches Bestium befehlen, das das Ubrigen von früheren Jagdaufenthalten kennzeichnet. Die Veranstaltung königlicher Jagden daselbst dürfte jedoch in diesem Winter noch unterbleiben und nur die Fortbeamtung zum Abschließen eines entsprechenden Zahl von Wild Befehl erhalten.

\* Die Reichstagsfraction der Deutschconservativen hat einen Antrag auf Einführung einer Borsensteuer eingebracht, welchem ein Gesetzentwurf beigegeben ist, der im Wesentlichen der vorjährigen Regierungsvorlage entspricht.

\* Berlin, 26. Nov. Aus dem Verlaufe der heutigen Debatten im Reichstage wird von mehreren Seiten gefolgert, daß eine Auflösung des Reichstages bevorstehe. Dieser Folgerung wird in informirten Kreisen die Berechtigung abgesprochen.

Provinzielle Nachrichten.  
\* Gelsenkirchen, 27. Nov. Die heutige Stadtverordnetenversammlung dauerte nicht bis 6 sondern nachmittags.

\* Gelsenkirchen, 26. Nov. gethätigten Stadtverordnetenversammlung betheiligt 1231 Wähler, von denen 1231 abgaben. Davon haben erhalten:

|                |    |
|----------------|----|
| Herr Bokorny   | 97 |
| " C. Schanerte | 89 |
| " Dredmann     | 90 |
| " Vohwinkel    | 28 |
| " Verbißus     | 25 |
| " Kaufe        | 25 |

\* Ergebnis der Sitzung vom 25. November. 1. N. von Bismarck wegen Verurteilung des U. L. in der Gefängnis; — 2. Rötter M. gebliebene U. L., beide von R. werbevergehen und zwar erst 4 Tage Haft, letztere 10 Tage Haft. — Außerdem 5 Freisprüche.

\* Die Führer der ultramontanen Partei stehen es ausgezeichnet, auf der liberalen Partei berechnen. Bekanntlich hat sich in der letzten Sitzung der ultramontanen Partei eine sehr bedeutende Anzahl von Mitgliedern, die als den einzigen, wol noch, vorordneten herauszunehmen, stellte deshalb Herrn Vohwinkel, welcher sowohl, als auch (heute) als geeigneten Candidaten für die ultramontane Partei des Centrums hülte so schnell zu seinem Sedan kommen können.

\* „Wähler der 3. Abtheilung der dritten Abtheilung in der Provinz Heissen-Raffa, ersten Abtheilung."

Ein Plakat ohne Druck: hervorgegangen, würde Herr L. sofort „Rederisch" verurteilt werden. „pp. Dienst pp." wieder eine in gegen § 6 des Preßgesetzes, in gefahr „50 M. baumeln lassen in Scene gesetzt haben. Richter

| Preis, 26. November. |               | Preis, 26. November. |       |
|----------------------|---------------|----------------------|-------|
| Weizen               | (1. Cu. 16 80 | Hafer                | 11 80 |
| 100 Kilo             | 2. „ 15 80    | Malz                 | 11 80 |
| 100 Kilo             | 3. „ 14 80    | Gerste               | 11 80 |
| 100 Kilo             | 1. neu 15 00  | 100 Kilo             | 12 00 |
| 100 Kilo             | 2. „ 14 00    | 100 Kilo             | 14 80 |
| 100 Kilo             | 3. „ 13 00    | 100 Kilo             | 14 50 |

Gr... als: Hauptbüh...

Gel...

Patent-Malzbro...

aus der Bäckerei von G. Reienburg, Gelsenkirchen.

ist zu haben in folgenden Niederlagen:

in Gelsenkirchen bei: Aug. Schaller, Friedrichstr. 2; Gerh. Franke, Bochumerstr. 1; Imhofen, Marktstr. 1; G. Winterberg, Bahnhofstr. 1.

in Schalke bei: G. Voosen, Friedrichstr. 2; Carl Möhle, König-Wilhelm-Str. 488; J. Schmedders, Wilhelmstr. 81; Joh. Dünken, Bochumerstr. 1; Wm. Dünken, Rautenweg; J. Gelsen, Wilhelmstr. 171.

Peter Roberts, Sophienau; in Braunschw. bei: Franz Pöppel, Haverkamp; Georg Wasi, G. Linden Str. 87;

in Heddendorf bei: Gruthoff, Bochumerstr. 1; in Bülme in der Gewerkschaftlichen Consum-Anstalt, G. Schoneberg;

in Rotthausen bei: G. Köpper, Nr. 50; Wegner Johann Gerding; in Schonebeck bei: W. Klau, bei Sehe Zollver (neues Schacht); Brenndorf bei Sehe Joachim.

Ein ordentlicher Anabe kann leichte Befestigung halten in der Buchdruckerei die Zeitung.



den Ansprüchen, und andererseits darf das Ausbleiben solcher Mitteilungen nicht als ein unbedingt sicheres Zeichen für das Einhalten des richtigen Maßes betrachtet werden, denn außer der, wie der Minister voraussetzt, unbegründeten Befürchtung mancher Eltern wegen nachteiliger Folgen solcher Mitteilungen, lassen sich andere durch schätzenswerte Motive zu einer im Interesse der Schule wie ihrer Schüler nicht erwünschten Resignation bestimmen. Die eingehende Erwähnung der Sache in den Lehrerkollegien selbst wird, so hofft der Minister, den Erfolg haben, daß die Thätigkeit der Schule den berechtigten Forderungen der Gesundheitspflege entspricht, und daß das richtige Verhältnis zwischen der Schule und dem Elternhause allgemein hergestellt wird.

### Eine dunkle That.

Hagen, 22. Novbr. Gestern und heute wurde hier selbst vor dem Schörrichter ein Mordproceß verhandelt, der dadurch besonders interessant sich gestaltete, daß absolut nicht festgestellt werden konnte, ob Mord oder Selbstmord vorliege; für beide Annahmen liegen gewichtige Gründe vor. Am 24. Juni 1882 gegen Abend wurde an einem Felsabhänge, nahe dem bei Mißke belegenen „Holtbauer Hammer“, in einer wildromantischen Gegend, der Waldhüter Heyermann tot aufgefunden. Die Leiche lag wie schlafend da, man bemerkte keine Verletzung und erst eine genaue Untersuchung ergab eine kleine, kaum sichtbare Verletzung am Unterleibe. Unter dem rechten Arm befand sich der Revolver des Toten, die linke Hand hatte er in der Tasche. Nach dem ärztlichen Befunde war der Tod durch eine Leberblutung eingetreten und besaßen zwei Wunden, daß die Wunde eine Schußwunde, während zwei andere Wunden eine Stichwunde nicht ausgeschlossen erachteten: die ersten beiden glauben an Selbstmord und nehmen an, daß der Revolver von dem Selbstmörder nach der That unter den Arm genommen worden, da in der Lage, wie das Instrument aufgefunden ward, der Schuß nicht seine tödliche Wirkung ausgeübt haben konnte; die beiden andern Ärzte glauben an einen Mord. Die Anklage behauptet, daß der Schraubstockmeister Fr. Schmidt, der Heyermann ermordet habe. Ersterer hat nachweislich den Waldhüter (aus Motiven, die nicht bekannt sind) gehaßt und Drohungen gegen ihn ausgesprochen. In der Nacht, in welcher der Tod des Heyermann erfolgte, ist der Angeklagte im Walde ganz nahe dem Thatorte gewesen. Ein Mordinstrument ist

nicht aufgefunden worden, sondern nur ein blutiger Lappen, in dem ein Instrument abgewischt erschien. Schwer verdächtig hat sich der Angeklagte durch sein Benehmen nach dem Auffinden der Leiche gemacht. Er brach während seiner Arbeit in der Fabrik ganz unmotiviert in Ruhe aus wie: „Da kommt Heyermann, seht Ihr ihn nicht, er läuft den Berg hinauf“ und dergleichen. Sobald von Gendarmen die Rede war, wurde er sehr kleinlaut und er äußerte auch lange vor seiner Verhaftung, daß er wol bald eingesperrt werden würde. Der Angeklagte macht keinen guten Eindruck, sieht vielmehr ganz darnach aus, daß man ihm die That wol zutrauen kann; er trägt ein lauerndes, unfühiges Wesen zur Schau und ist auch wegen Körperverletzung mit Todeserfolg bereits mit 5 Jahren Gefängnis bestraft. Für Selbstmord spricht aber wieder eine Aeußerung des Heyermann, die er vor seinem Weggang von Hause gethan haben soll: „er käme nicht wieder und wolle sich todtschießen“; kurz darauf aber ist er munter und vergnügt bei Verwandten gewesen und hat geäußert: „er sei jetzt in seiner Stellung sehr zufrieden und wünsche sich nichts Besseres“. In der ganzen Sache spielt leider der Schnaps wieder eine große Rolle und der Umstand ist es, der vor allem kein Licht in die dunkle Affäre kommen läßt. Wenn der Angeklagte den Heyermann ermordet hat, so ist die That mit einem noch nicht dagewesenen Raffinement begangen worden. Der Mörder hat dann sein Opfer in tiefstem Schlafe, infolge übermäßigen Schnapsgenusses, angetroffen, hat ihm Blouse, Vorhemd und Hemd geöffnet und dann den tödlichen Schuß oder Stich geführt, hat den Körper und den Revolver so placirt, daß ein Selbstmord nicht ausgeschlossen werden und hat die Leiche des Ermordeten so geordnet, daß nur bei näherer Untersuchung die Wunde gesehen werden konnte. Die Beweisaufnahme und die ärztlichen Gutachten waren zur Ueberführung des Angeklagten nicht genügend; die Geschworenen verneinten die Schuldfrage und ergab die Freisprechung des Angeklagten.

### Unterrichtscurse für praktische Landwirte.

An der königlichen landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin sollen im Laufe des jetzigen Winter-Semesters, und zwar in der Zeit vom 23. Februar bis 4. März, Unterrichtscurse für praktische Landwirte stattfinden. Der Veranstaltung liegt die Ueberzeugung zugrunde, daß kaum ein gewerblicher Beruf so finden sein dürfte, der es in gleichem Maße wie der landwirtschaftliche erwirbt, sich bezüglich des practischen Wirkens in einer um-

fassenden Unternehmung auf der Höhe der Zeit zu erhalten und zu diesem Zweck mit den einschlägigen theoretischen Kenntnissen fortwährend vertraut zu bleiben. Und doch liegt in der Schwierigkeit und Complicirtheit des Betriebes der Wirtschaft des Landwirts die dringendste Anforderung, durch gebiegenes Wissen und Können die sich der Rentabilität des Landbaues heute mehr denn je entgegenstellenden Hemmnisse zu überwinden. Zur Teilnahme an den Curfen ist jeder berechtigt, der sich dazu meldet und das Honorar für die von ihr gewählten Vorträge entrichtet.

### Bermischtes.

Die jüdische Bevölkerung des Deutschen Reiches betrug, wie die nationalliberale „Neue Zeitung“ hervorhebt, nach der Zählung von 1880 in folgenden Gemeinden über 2000: Berlin 54 000, Breslau 17 690, Hamburg 16 000, Frankfurt 13 850, Bosen 7000, Königsberg 5300, Köln 4600, München 4200, Mannheim 4000, Straßburg 3550, Hannover 3500, Leipzig, Mainz und Jülich je 3300, Nürnberg 3000, Stettin 2400, Dresden, Stuttgart und Würzburg je 2300, Mühlhausen i. G. 2000, Bielefeld und Bielefeld je 2000, Ostrow 1800, Bielefeld und Bielefeld je 1600, Krotzschin 1300, Jülich 1010, Bosen und Gießen 1100, Jülich 1010, Frankfurt a. M., Bielefeld (Oberhess.) und Friedberg (Hess.) je 1000, Rastatt (Bosen) 900, Mannheim 710, Bielefeld 700, Worms, Alzei und Bielefeld je 600, Mainz und Berlin je 500, Würzburg 410, Königsberg 400, Hamburg und Straßburg je 310, Nürnberg und Mühlhausen i. G. 300. Es wiederholt sich also hier die Erscheinung, daß in Landestheilen mit polnischer Grundbevölkerung die Juden besonders zahlreich sind.

Die Clavierkunst. Das „Echo“ schreibt im Briefkasten an einen Abonnenten in Newiue: Auch Sie suchen Trost in der trauervollen Lage, in die Sie durch die Clavierkunst versetzt sind? Suchen Sie denselben in dem erhebenden Bewußtsein, daß unzählige mit Ihnen leiden. Stöbt doch selbst der frischfröhliche Dichter Heinrich Hebel folgende Klage aus:

Die Musik ist heutzutage  
Viel der Menschheit größte Plage;  
Schmerzvolles wird erreicht;  
Wenn der Mensch die Geige streicht,  
Oder um die Abendröthe  
Zwecklos bläst auf einer Flöte.  
Und ich hege die Vermutung,  
Daß auch der Violone Zuhörer  
Manchem wol bei Tag und Nacht  
Keine große Freude macht.  
Dieser schlägt viel mit Geißeln  
Grausamlich das Klavierbrett,  
Jener aber, anadonlos,  
Kneift das Cello — Wo ist groß!  
Seine Vangmut ist unendlich,  
Treibts der Mensch auch noch so schändlich.

Bei uns lebte das hochbetagte Schlegel'sche Ehepaar gerade nicht in beneidenswerten Verhältnissen. Mann und Frau, beide in den achtziger Jahren stehend, mußten ihren Lebensunterhalt zum Teil durch Tagelöhnerarbeit erwerben, doch fehlte es auch nicht an Unterstüßungen vonseiten vieler Mitbürger. Als man nun am 14. d. die Wohnung der beiden alten Leute betrat, fand man sie tot im Bette vor. Auf den Wangen der Frau waren noch Thränen sichtbar, wol ein sicheres Zeichen, daß der Tod des Mannes vor dem der Frau eingetreten war.

Die Besiedelungen nach Brasilien u. c. Aus Anlaß einer neuerdings eingetretenen Verschärfung der Quarantänemaßregeln an der spanisch-portugiesischen Grenze ist es erforderlich, daß Besiedelungen nach Brasilien und den Laplatasstaaten, welche den Postdampfern in Lissabon angeführt werden sollen, 48 Stunden früher als bisher zur Abreise gebracht werden.

Stettin, 24. Nov. [Großer Brand.] Gestern morgen gegen 3 Uhr wurde unsere Stadt durch einen großen Brand aus ihrer Ruhe aufgeschreckt. Aus noch unbekannter Ursache war im Speiseaal des „Thalia-Theaters“ Feuer ausgebrochen welches in einem Augenblick die dicht an demselben liegende Bühne, sowie die Garderobe und die Wohnräume der Schauspieler ergriff. In einer Viertelstunde war das ganze Theater ein Feuermeer, aus welchem sich die Schauspieler mit Lebensgefahr und in leichter Nachkleidung zu retten imstande waren und in Nachbarhäusern Aufnahme fanden. Der Schaden ist für den Director Otto Rees sehr bedeutend. Noch härter find die von Herrn R. angestellten Künstler getroffen, deren sämtliche Garderobe und Requisiten, teilweise von bedeutendem Wert, verbrannt sind. Nur das kleine Wohngebäude längs der Wilhelmsallee ist stehen geblieben.

### Bekanntmachung.

Der Etat des Amtes Gerne für 1885/86 liegt vom 29. November d. J. ab 14 Tage hindurch bei mir zur Einsicht der Amtseingetragenen offen.

Gerne, 25. Novbr. 1884.  
Der Amtmann: Schäfer.

Neu verlost 16 bis 19. December

3. G. Abteikirche Knechtsteden

(1869 durch Brand zerstört):

40 000 Mk. Haupt

15 000 Mk., 2 Gew. = 5000 Mk.,

4 Gew. = 4000 Mk. Ferner 16 000

Mk. Gew. 1000 Mk. u. 1000

Los 1 Mk., 11 St. 10 Mk. verzeichnet

Lotteriebüchse K. Deppe, Bochum.

Ufm: Lose à 3 Mk. noch vorräthig

Baden „ 1/2 85 „ 1/2 100 „

Pr Schl. „ 1/2 100 „ 1/2 100 „

Hugo Herrmann,

Baden, Badstr., Stettin.

Specialität:

Cylinder = Remontoir-

Uhren

(ohne Schlüssel aufzugeben)

20 Mark,

sowie goldene Herren- u. Damen-

Uhren, Regulatoren u. Wand-

Uhren. — Reparaturen gut und

billig unter Garantie.

H. Menges, Uhrmacher,

Gelsenkirchen, Baumstr. 29

Fußböden

1/4 glatt oder gefedert

100 Fuß 14,—

1 glatt oder gefedert

100 Fuß 12,—

in Rängen von 6' bis 24' bei

Joseph Schäfer,

Bochum.

Bersammlung

von kaufm. Beamten

im Oberfelder Hof (Obersfeld)

am Samstag, 29. Novbr.,

abends 8 Uhr.

Befriedigung: Krankenversicherung

und resp. Verband deutscher Dar-

lehngesellschaften.

H. Fackert.

### Haupt- und

### Schluf-

### Ziehung

### 16. vom

### 19.

### December d. J.

### 1. Lotterie Großh. Kreishauptstadt Baden. 3000 Gew.

darunter Hauptgewinne i. W. v.:

20000 Mk. 5000 Mk.

10000 Mk. 3000 Mk.

10000 Mk. 2000 Mk.

u. f. w. u. f. w.

Wir verkaufen von heute ab das Brod aus der Dampfbäckerei

von Wilhelm Beckmann in Heßendorf

zu nachstehenden Preisen:

10 Pfund Schwarzbrod 70 Pfg.

8 „ „ 60 „

7 „ „ 50 „

5 1/2 „ „ 40 „

B. Ferse, Schaffe,

Heinrich Spiegel, Schaffe,

J. Kanter, Sophienau,

Formulare

für die

Buch- u. Kassenführung der Betriebs- (Fabrik-)

u. Orts-Krankenkassen etc.

nämlich:

1. Verzeichnis der Mitglieder,

2. Krankenbuch,

3. Verzeichnis der gezahlten Kassen-Beiträge,

4. Kassenbuch,

aufgrund gesetzlicher Feststellung, ferner

5. ein Fabrik-Lohnbuch,

welch' letzteres den Betriebs- (Fabrik-) Krankenkassen als Unterlage

für die zu erhebenden (resp. bei der Löhnung abzuziehenden) Kassen-

beiträge dienen soll, liefere ich zu billigen Preisen. Ausserdem

ist ein Protokollbuch für die Sitzungen des Krankenkassen-Vorstandes

und für die General-Versammlungen erforderlich. Die Einrichtung

dieser den gesetzlichen Bestimmungen sich genau anschließenden

Krankenkassen-Bücher, ist gleichzeitig unter Berücksichtigung des

Umstandes getroffen, dass die alljährlich der Behörde einzuliefernden

Uebersichten und Rechnungs-Abschlüsse mit Leichtigkeit daraus ent-

nommen werden können. Diese für jeden Rechnungsführer einer

Krankenkasse gewiss höchst wünschenswerte Einrichtung dürfte unseren

Krankenkassen-Büchern eine allgemeine Verwendung sichern.

Die Bücher sind in bequemen zu handhabenden Formaten her-

gestellt, von bestem Papier, sauber gedruckt, und die Einbände

(starker Pappband) dauerhaft und elegant.

Gelsenkirchen. F. Dienst.

STOLLWERCK'SCHE

BRUSTBONBONS

Die außerordentliche Vertheilung dieses Hausmittels hat eine ebenso große

Zahl kühler Präparate als Nachahmer hervorgebracht, welche sich nicht ent-

bilden Verpackung, Farbe und Etikette in täuschender Weise vorstellen. Die

### Geschäfts-Verlegung.

Verleate meine Schloßerei von Schaffe nach Gelsen-

kirchen, Bochumerstraße Nr. 62, und halte mich in allen

vorkommenden Schloßereiarbeiten, Sanarbeit aller Art, Thore, Gitter etc.

bestens empfohlen.

### Großes Lager in Tafelherden,

Häufigkeit, Säulen, Mantel, Oval, Quaint, und

Saarlöfen, sowie sämtliche Küchengeräte nur in bester Qualität.

Durch Billigkeit der Preise, prompte und gute Bedienung

hoffe mir das Vertrauen der gebihrten Bewohner von Gelsen-

kirchen und Umgegend recht bald zu gewinnen.

Geschäftsausstellung

Aug. Glittenberg, Schlossermeister.

### Mey's berühmte Stoffkragen

sind keine Pa-

pierkragen,

denn sie sind

mit wirklichem

Webstoff voll-

ständig überzo-

gen, haben also

genau das Aus-

sehen von Lei-

nenkragen, sie

erfüllen alle An-

forderungen an

Haltbarkeit,

Billigkeit, Ele-

ganz der Form,

bequemes

Sitzen u. Passen.

Wenn man be-

denkt, dass die

leinen Kragen

beim Waschen

und Plätten oft

verunstaltet, zu

hart gestärkt

oder schlechte-

gebügelt werden,

oder dass sie in

der Wäsche ein-

gehen,



Gelsenkirchen

bei

R. Scipio, Buchhdl.

Theod. Dahl.

A. Elbers, Buchbind.

und vom

### Versand-Geschäft Mey & Edlich,

Plagwitz-Leipzig,

welches auf Verlangen illustrirte Preiscuranto gratis und franco

versendet.

### Fahrplan

vom 15. October 1884 ab.

Von Gelsenkirchen nach Wanne

5,46 8,43 10,09 2,08 4,19

5,43 8,53 1,19 (Wanne Abf.)

nach Münster 6,10 10,40 10,40

2,19 5,52 10,05 1,39 13,91

Von Gelsenkirchen nach Duisburg

5,34 6,12 8,49 11,00 12,34

2,22 5,02 8,35 11,13

Von Wanne nach Dortmund 8,56

10,37 10,30 4,30 9,04 9,52

1,45 (Gerne Abf.) 9,05 10,47

4,40 9,14 1,56

Von Gelsenkirchen nach Essen 5,17

6,41 12,12 11,40 1,45 3,33

(5,20 nur bis Stray) 7,20 9,05

(von Stray nach Dortmund

6,58 8,56 12,08 2,45 5,41

8,18 (11,37 nur bis Bochum)

(5,34 nur bis Langendreer)

Von Bochum nach Gelsenkirchen (Rein.)

Wattenscheid 5,30 8,05 9,50 11,41

1,41 3,30 4,48 7,28 10,46

9,03 12,50 (von Gelsenkirchen

Wattenscheid nach Stray 11,54

5,43 6,55 8,21 11,54 1,54

3,43 7,40 9,16 10,56

Von Gelsenkirchen nach Essen 5,22

6,46 8,17 11,45 1,50 3,38

(5,25 bis Stray) 7,25 9,10

Von Gelsenkirchen nach Gelsenkirchen

5,58 7,21 9,05 12,21 4,01 2,53

4,01 5,51 8,28 11,45

Von Essen nach Gelsenkirchen (Rein.)

5,25 6,49 8,47 11,59 2,36 5,32

8,09 11,28 (5,04 bis Stray)

Von Essen nach Gelsenkirchen

(Rein-Windeln) 5,20 8,15 9,40

1,40 3,50 4,55 8,20 9,20

Von Gerne nach Duisburg 5,33

8,28 11,09 1,59 8,13 (Wanne

Abf.) 5,26 5,59 6,02 8,39

11,19 12,25 2,10 4,54 8,24

(11,04 nur bis Duisburg)

Von Schaffe nach Wanne 5,51

10,15 4,39 9,40

Von Schaffe nach Sterkrade 5,52

9,18 2,29 8,04

Von Sterkrade nach Schaffe 5,18

9,47 4,00 9,08

Von Wanne nach Schaffe 5,42 9,05

2,20 7,55

Von Wanne nach Gelsenkirchen (Bat-

tenscheid-Bochum) 5,27 8,40

12,28 3,55 5,29 8,00 11,07

Von Gelsenkirchen (Batenscheid) nach

Wanne 5,47 10,07 1,58 5,05

7,34 9,19 1,07

Von Gelsenkirchen (Batenscheid) nach